

Ein neues Europa entsteht

Die Krise führt zu einer Abkehr vom nationalen Denken und zu einer neuen Währungspolitik

Von Gustav A. Horn

Die Finanzmärkte sind immer noch nervös. Die Krise der amerikanischen Haushaltspolitik, aber auch der Zustand des Euro-Raums sorgen nach wie vor für eine tiefgreifende Verunsicherung. Auch mit Blick auf den Euro scheint dies angesichts der unverändert hohen Staatsverschuldung in einigen Mitgliedsländern des Euro-Raums berechtigt. Dabei wird jedoch nicht nur auf den Märkten, sondern auch in der allgemeinen Öffentlichkeit etwas Entscheidendes übersehen. Mit ihren Beschlüssen vom Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs in Brüssel wurde das Fundament für einen Schutzwall errichtet, der sich in Zukunft den verheerenden Panikattacken der Märkte entgegenstellen kann.

Denn in Brüssel wurde nichts weniger als ein Paradigmenwechsel in der europäischen Währungspolitik beschlossen. Es gibt jetzt mit den deutlich erweiterten Kompetenzen für den europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zumindest die Vorstufe eines Europäischen Währungsfonds. Dieser soll im Dienst der Stabilität des Währungsraums präventiv im Fall von Leistungsbilanzkrisen tätig werden. Er kann auf den Sekundärmärkten mit Staatsanleihen handeln, und er kann Kredite zu niedrigen Zinsen zur Verfügung stellen. Mit diesen erweiterten Kompetenzen des ESM verfügt die europäische Währungsunion nunmehr neben der EZB über eine weitere europäische Institution, die die Stabilität des Euro-Raums glaubwürdig zu verteidigen vermag. Denn dieser Fonds ist, gestützt auf die gesamte Wirtschaftskraft des Euro-Raums, ein mächtiger Händler auf dem Markt für Staatsanleihen und kann damit deren Kurse nachhaltig beeinflussen. Werden also die Kurse durch den Verkauf von griechischen Staatsanleihen stark gedrückt, kann der Fonds sie aufkaufen und die Kurse stabilisieren. Allein das Wissen hierum wird schon den gewünschten Effekt haben. Dieses Vorgehen bedeutet zudem eine Abkehr von einer nationalen Sichtweise der Krise zugunsten einer europäischen Perspektive.

Bislang wurde die Währungsunion wie auch die EU als Zusammenschluss unabhängiger Nationalstaaten verstanden, die im Fall der Euro-Staaten allein auf ihre geldpolitische Souveränität verzichteten, um durch die EZB gemeinsam Preisstabilität auf europäischem Niveau zu erreichen. Für alle übrigen Bereiche der Wirtschaftspolitik wurde die Fiktion nationaler Souveränität aufrechterhalten. Zwar wollten schon die Gründer der Währungsunion diese nur als Ausgangspunkt für eine vertiefte europäische Integration verstanden wissen. Dieser Gedanke war freilich im Alltagsgeschäft späterer Politikergenerationen verloren gegangen. In deren Gedankenwelt war der Euro-Raum nichts als ein Basar souveräner Nationalstaaten, wo jeder nur auf seinen Vorteil bedacht war.

Genau diese Fiktion war eigentlich spätestens mit der Euro-Krise zerplatzt und dies wurde jetzt auch von den Regierungen der einzelnen Mitgliedsstaaten de facto

endlich anerkannt. Glaubte man anfänglich noch, die Verschuldungskrise sei allein ein Problem der jeweiligen Schuldenstaaten, denen man aus Gründen europäischer Solidarität helfe, so haben das fortwährende Ausufern der Krise von Griechenland über Spanien, Portugal und Irland nach Belgien und nach Italien und das deshalb aufkeimende Misstrauen in den gesamten Euro-Raum selbst der Bundesregierung deutlich gemacht: Es geht nicht nur um Solidarität, sondern es geht vor allem um Selbsthilfe und die Souveränität des gesamten Euro-Raums über seine Währung.

Die Wurzel des anfänglichen Irrtums liegt in einem grundlegenden Unverständnis über das Funktionieren einer Währungsunion ansonsten souveräner Nationalstaaten. Sie glaubten mit der Einrichtung der EZB seien sie aller Verantwortung für das Einhalten des Inflationsziels ledig. Das war falsch. Zwar gelang es der EZB, Preisstabilität für den gesamten Euro-Raum einzuhalten. Aber dies reicht nicht für die Wahrung währungspolitischer Stabilität. Wenn es – wie gewünscht – keine automatischen Transfermechanismen zwischen allen Teilen des Währungsgebiets gibt, dann muss jedes einzelne Land des Währungsgebiets das Inflationsziel einhalten. Dies ist nicht geschehen. Die Krisenländer haben das Inflationsziel fast ständig überschritten. Darüber haben sie ihre Wettbewerbsfähigkeit verloren und glitten in die Verschuldung. Umgekehrt haben jene Länder, die das Inflationsziel fast ständig unterschritten, sich gleichsam einen Scheinwohlstand über die Außenhandelsüberschüsse erwirtschaftet. Denn sie sind letztlich die Gläubiger jener Schuldner, die nunmehr in Gefahr sind, ihre Schulden nicht mehr bedienen zu können. Das aber gefährdet auch den Wohlstand der Gläubiger. Aus alledem folgt, dass es sich bei der Euro-Krise eben nicht nur um eine Krise einzelner Länder handelt, sondern auch um eine systemische Krise des Euro-Raums. In der Konsequenz müssen auch die Antworten auf die Krise systemischer Natur sein.

Genau diese Erkenntnis manifestiert sich in den zusätzlichen Aufgaben des neuen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Er soll nunmehr präventiv auf Verschuldungssituationen einzelner Mitgliedsländer reagieren. Dies impliziert, dass der ESM in Zukunft darauf achten wird, ob die einzelnen Mitgliedsländer eine Politik betreiben, die mit dem Inflationsziel der EZB vereinbar ist. Konkret heißt dies, dass auch die Fiskalpolitik und die Arbeitsmarktpolitik der Mitgliedsstaaten unter dem Vorbehalt ihrer Wirkung auf die Preisstabilität stehen. Ist die Inflationsrate zu hoch, müssen sie restriktiv ausgerichtet sein, ist sie zu niedrig, müssen sie expansiv sein. Mit alledem wird deutlich, dass die Souveränität der Mitgliedsstaaten über weite Bereiche der Wirtschaftspolitik eingeschränkt ist, wenn sie Teil einer Währungsunion ohne weitere Transfermechanismen sind. Mit anderen Worten, es ist nur noch begrenzt möglich, nationale Wirtschaftspolitik aus dem europäischen Kontext zu lösen. Was auch immer an nationaler Wirtschaftspolitik beschlossen wird, es muss in der Summe am Ende mit dem Inflationsziel der EZB vereinbar sein. Dieser Rahmen lässt zwar viel Freiheit im Detail, aber nicht im Grundsatz.

Vor diesem Hintergrund erscheint es zwingend, dass die demokratische Legitimation der europäischen Institutionen gestärkt wird. Ansonsten droht die Gefahr, dass das Projekt in einer technokratischen Bürokratie erstickt. Gelingt aber die stärkere Demokratisierung, hätte sich über den schmerzhaften Umweg einer Krise die Vision der Gründer der Währungsunion doch noch erfüllt.